

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 58 (1964)
Heft: 10

Artikel: Jura und Mirage
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ersten Konferenz der Union für die afrikanische Einheit der Verzicht auf zwischenstaatliche Gewaltsanwendung und die Einrichtung der Schiedsgerichtsbarkeit beschlossen, die zwischen Algerien und Marokko und zwischen Äthiopien und Somalia die Feuer(ende)probe bestanden. Man vergleiche daneben die europäischen Einigungsbestrebungen dieses Jahrhunderts!

Wenn wir Schweizer auf die Optik veränderter Kolonialisten und auf das Postulat eines schweizerischen Afrikas verzichten, so warten uns eine Befruchtung der außenpolitischen Neutralität und die Möglichkeit der technischen Zusammenarbeit, die bei uns Toleranz, Welt-offenheit und berufliche Kenntnisse voraussetzt.

Mitgeteilt vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk

Hansjörg Braunschweig

Jura und Mirage

Auch durch das Rauschen im deutschschweizerischen Blätterwald, die echte oder gespielte Empörung über die Ereignisse von Les Rangiers darf sich ein kritischer Beobachter nicht irreführen oder daran hindern lassen, zu sagen, wie er die Dinge sieht.

Die Jurafrage oder die Irredenta in den vier nördlichen Bezirken des Jura, das heißt der Wunsch einer Gruppe von Leuten in diesem Gebiet nach Abtrennung des französischsprechenden Jura vom Kanton Bern, besteht bekanntlich seit vielen Jahren. Den «Neuen Wegen» wurde 1958 von Herrn Béguelin, einem der Führer der jurassischen Separatistenbewegung, der Vorwurf gemacht, von Gegnern seiner Bewegung gekauft zu sein, weil wir ihn in unserem Blatt nicht auf einen Artikel von R. H. Jeanneret zum Wort kommen ließen. Die Argumente, die damals von unserem Gesinnungsfreund Jeanneret gegen den jurassischen Separatismus vorgebracht wurden, bestehen heute noch. Übrigens hat eine überwältigende Mehrheit des Berner Volkes, also auch der südlichen Bezirke des Jura, eine Initiative auf Abtrennung des Jura von Bern verworfen. Der Feldzug für die Verselbstständigung des jurassischen Kantonsteils hat aber seither an Vehemenz kaum eingebüßt. Wenn man die Argumente der Separatisten Revue passieren läßt, so gibt es darunter welche, die man einfach nicht mehr anzuerkennen vermag. Der Kanton Bern «verdeutsche» den Jura oder auferlege ihm zu hohe Steuern zum Beispiel sind Gründe, die heute, nachdem die Berner Regierung auf dem Gebiet der Schule und der politischen Autonomie große Konzessionen an die Jurassier gemacht hat, keine Geltung mehr haben.

Nicht so steht es mit einem andern Argument. Trotz wiederholten und absolut unmißverständlichen Manifestationen des Jurassiervolkes

soll dem Jura ein *Waffenplatz*, ein Artillerieschießplatz, aufgezwungen werden. Trotz gegenteiligen Versprechungen der Berner Regierung beim Kauf des Geländes in den Freibergen wurde das Gebiet an die Eidgenossenschaft verkauft, in der eindeutigen Absicht, dort einen Waffenplatz einzurichten. Nun waren die Welschen, Jurassier eingeschlossen, schon immer weniger militärfromm als die Deutschschweizer. Seit den neuesten Entwicklungen der Waffentechnik sind sie aber für die Wünsche unserer militärischen Stellen noch viel weniger ansprechbar, was auch die beiden Abstimmungen über die atomare Bewaffnung deutlich bewiesen haben. Wenn nun die herrliche Landschaft der Freiberge à tout prix und entgegen dem Willen der Bevölkerung durch einen Waffenplatz verschandelt werden soll, so darf man, mindestens in diesem Punkt, wohl von einer Vergewaltigung des jurassischen Volkswillens reden.

Man muß sich anderseits erinnern, daß die Separatisten der nördlichen Bezirke im Laufe ihrer Kampagne für die «Befreiung des Jura» sich Verbrechen zuschulden kommen ließen, die in der übrigen Schweiz allgemeine und gerechte Empörung auslösten. Mögen sich die führenden Köpfe der Separatistenbewegung von den Brandstiftungen und dem Bombenattentat distanzieren haben; angesichts der Terrorisierung der Bevölkerung, gegen die sie anscheinend nichts Wirksames vorkehrten, für die sie aber die Verantwortung werden tragen müssen, können die Separatisten kaum in Entrüstung machen, wenn die Berner Polizei ebenfalls brutal vorgeht. Man darf auch im jurassischen «Befreiungskampf» keine Maffia sich entwickeln lassen. Sicher ist, daß die Gewalttaten, die unter der Ägide des Separatismus verübt wurden, die Bewegung in der ganzen Schweiz um jeden Kredit brachten.

Angesichts dieser Sachlage war es verständlich, daß das führende Gremium der Separatistenbewegung nichts dagegen hatte, die Manifestation von Les Rangiers für ihre Zwecke auszunützen oder — sagen wir — auf den Wogen der Empörung über die wenig würdige Haltung gewisser Magistraten in der Mirage-Affäre und in der Waffenplatzfrage wieder in ein dem ganzen Jura gemeinsames Fahrwasser zu gelangen. Wir können uns wirklich nur schwer vorstellen, daß auch die jungen Sozialisten, die nach A. Villard (siehe «Zeitdienst» vom 3. Oktober 1964) an der Manifestation gegen Bundesrat Chaudet teilnahmen, für die Abtrennung des Jura eintreten wollten, denn diese läßt sich nicht mit sozialistischen Zielen vereinbaren. Aber allesamt, Separatisten und Sozialisten, haben sie den kapitalen Fehler begangen, Bundesrat Chaudet, der durch die Mirage-Affäre, schon bevor der Untersuchungsbericht behandelt wurde, schwer an Ansehen gelitten hatte — durch ihr lärmendes Benehmen zum Märtyrer zu machen. Unser Gesinnungsfreund A. Villard in Biel, der selbst an der Manifestation teilnahm, macht uns darauf aufmerksam, daß das Treffen

auf Les Rangiers die Antwort der Jurassier auf die Zumutungen des Militärdepartements war, welches in der Person des Herrn Chaudet und seiner Obersten dem Jura gegenüber den denkbar undemokratischsten Geist bewiesen habe. A. Villard, dessen Darstellung zu bezweifeln wir keinen Grund haben, betont, daß unsere Zeitungen insgesamt ein sehr einseitiges Bild der Veranstaltung gegeben haben. Immerhin, wieviel wirkungsvoller hätten sie doch ihren Protest gestalten und ihren Widerstand gegen die Zwängerei eines Chaudet zum Ausdruck bringen können, hätten sie Chaudet und Moine während der ganzen «patriotischen Feier» den Rücken gekehrt und in eisigem Schweigen verharret, statt sie am Sprechen zu hindern. Solche stumme Verachtung wäre beredter gewesen als hundert Reden des «Demokraten» Chaudet, der mit seiner famosen «Ligue Vaudoise» einst bereit war, das Parlament in die Wüste zu schicken. Aber eben, Methoden des gewaltlosen Widerstandes lernt man nicht über Nacht — wenn man sie überhaupt lernen kann, denn sie erfordern eine geistige Haltung und Selbstdisziplin, die den absoluten Gegenpol zum Terrorismus bilden. Solche Selbstdisziplin wäre auf alle Fälle würdiger als bewegte Klagen über Gesinnungsverfolgung, die die Berner Regierung neuerdings betreibt. Gesinnungsdelikte darf es sicher nicht geben und ein Protest dagegen ist durchaus angebracht. Zu Anklagen solcher Art sind jedoch Leute, die wie die Drahtzieher der Untergrundbewegung im Südtirol, sich nicht vom Glauben an die Gewalt reinwaschen können, kaum legitimiert.

Eine Möglichkeit, die Separatistenbewegung auf ihre Echtheit zu prüfen — die Bereitschaft dazu scheint übrigens im Kanton Bern zu wachsen —, wäre eine Volksabstimmung in den nördlichen Bezirken des Jura selbst. Allerdings müßten dann neutrale, wenn immer möglich westschweizerische Aufsichtsbehörden dafür sorgen, daß von den Gefolgsleuten der Separatisten keinerlei Gesinnungsdruck ausgeübt werden kann, für den es ja heute unendlich viele Formen gibt. Vielleicht würde dann die «Unterdrückung» einer rassischen Minderheit in ihren wahren Proportionen erkennbar: als 50prozentiger Überwertigkeitskomplex (statt des gewöhnlicheren Minderwertigkeitskomplexes) seitens der jurassischen Separatisten und als 50prozentiger Mangel an Fingerspitzengefühl seitens der Berner Behörden. Wahrscheinlich fehlt es beiden Partnern in diesem Konflikt auch an einem gewissen Sinn für Proportionen, für die Wichtigkeit oder Unwichtigkeit ihrer Anliegen, besonders angesichts der Fragen, vor die sich heute das Land und die ganze Welt gestellt sieht. Wo kommen wir hin, wenn wir bei all unseren schweizerischen Minderheitsproblemen nicht auch einmal nachgeben können, wenn es der Friede erfordert?

Red.